

## Westerwelle zündelt wie Nero

Das Hartz-IV-Urteil war für unseren Außenminister Anlass den „geistigen Sozialismus“ zu verkünden, bei dem eine breite Masse mit Selbstverständlichkeit die Hand aufhält, um das Geld des deutschen Steuerzahlers zu empfangen. Sollte der dabei an die Beamten und Politiker gedacht haben? Aber schnell sollte der erreichte Sozialismus genossen werden. Denn unsere „spätromische Dekadenz“, verursacht durch einen politisch versprochenen „anstrengungslosen Wohlstand“ gepaart mit einer sich rasant verbreitenden Hartz-IV-Mentalität führt zum Untergang des freiheitlichen Deutschland, wo sich noch Leistung bei einem Stundenlohn von fünf Euro lohnt.

Gerichtet ist diese Warnung an alle, die höhere Hartz-IV-Sätze aus dem Urteil ableiten. Man muss kein Anhänger der LINKEN sein, ja man muss nicht einmal finden, dass die Hartz-IV-Sätze zu niedrig sind, um Westerwelles warnende Worte als das zu sehen, was sie sind: Eine historisch unhaltbare, perfide, aus rein politischem Kalkül betriebene

Beleidigung gegen die sozial Schwachen. Der Hartz-IV-Empfänger verantwortlich für spätromische Dekadenz? Wenn etwas faul war im alten Rom und im heutigen Deutschland ist, dann doch eher die intellektuell korrumpierte und luxussüchtige Elite. Also jenes eine Prozent der Bevölkerung, das alle Reichtümer unter sich aufteilt(e) - aber ganz sicher nicht die Unterschicht. Statt sich um das Gemeinwohl zu sorgen, schaufelten sich die Machthaber mit Reichtum zu und garnierten diese Selbstversorgung auf Kosten der Allgemeinheit mit schönen Worten. Der Verfall des Staates ging einher mit einem Verfall der Sitten! Abschließend noch eine kurze Anmerkung zum Sozialismus. Das Ziel des Sozialismus ist die Emanzipation des Menschen, die Entwicklung der individuellen Persönlichkeit durch Selbstverwirklichung innerhalb des Prozesses eines produktiven Verhältnisses von Mensch und Natur. Es ging Marx und Engels um eine neue Epoche, in der gelten solle: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.“

## Den Nazis entgentreten - auch 2011

Das Bündnis „Dresden – Nazifrei“ konnte am 13.02. den sogenannten „Trauermarsch“ von Nazis aus ganz Europa erfolgreich blockieren. An verschiedenen Stellen besetzten 12 000 Demokraten friedlich die Straßen rund um den Neustädter Bahnhof in Dresden. Dadurch konnten ca. 6000 angereiste Nazis nicht durch Dresden marschieren. Zum Erfolg führte, dass

von vornherein auf ein breites Bündnis gesetzt und konsequent in der Öffentlichkeit das vertreten wurde, was geplant war: Massenblockaden. Das hat auch so geklappt.

Trotz des diesjährigen großen Erfolgs ist es wichtig auch im nächsten Jahr nach Dresden zu fahren und den Nazi-Aufmarsch erneut zu verhindern!

### Diana Golze

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Fon: 030 / 22 77 23 29  
Fax: 030 / 22 77 63 29  
E-Mail: [diana.golze@bundestag.de](mailto:diana.golze@bundestag.de)

### Wahlkreisbüro

Märkischer Platz 2, 14712 Rathenow  
Fon: 0 33 85 / 49 45 21  
Fax: 0 33 85 / 49 45 22

Meine weiteren Bürgerbüros finden Sie unter: [www.diana-golze.de](http://www.diana-golze.de)

# Newsletter

März 2010, Nr.

# 2

von Diana Golze zu bundes-, landes- und kommunalpolitischen Themen



## Liebe Leserinnen und Leser,

der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland stand in den vergangenen Wochen immer wieder im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte. Die Causa Steinbach, das „Exit Programm“ für Taliban – Themen also, die sein Ressort betrafen. Nun aber versucht der Außenminister auch Vizekanzler zu sein – und gerät auf sozialpolitisches Glatteis, das er selbst poliert hat. Auf die schallende Ohrfeige des Bundesverfassungsgerichtes zu Hartz IV mit Verunglimpfung und Beschimpfung der Betroffenen zu reagieren, kann wohl kaum das angemessene Gebaren eines Staatsmannes sein. Untragbar ist diese Debatte, die die soziale Spaltung in der Bundesrepublik verstärkt!

Arbeit muss sich lohnen. Das kann auch DIE LINKE voll unterschreiben. Die Konsequenz daraus kann aber nicht sein, die ohnehin viel zu niedrigen Hartz IV-Sätze zu senken. Diese müssen vielmehr deutlich erhöht werden, um Armut zu verhindern und soziale Teilhabe zu gewährleisten. Deshalb fordern wir ja im Gegensatz zur FDP seit Jahren den gesetzlichen Mindestlohn! Wenn das nach Ansicht von Herrn Westerwelle Sozialismus ist – für Sozialismus sind wir immer zu haben!

Viel Spaß beim Lesen.  
Diana Golze

## Spruch des Monats

Zitat: „Westerwelle sei Dank. Er schafft Klarheit. Die FDP will Arbeitslose knechten, DIE LINKE hält „Hartz IV“ für würdelos. Die FDP schürt Sozialneid, DIE LINKE will Solidarität. Die FDP attackiert den Sozialstaat, DIE LINKE verteidigt das Grundgesetz. Das ist der Unterschied. Gelb oder richtig Rot, das ist die aktuelle Frage. Dazwischen gähnt Grau.“ (Petra Pau)

## TERMINE

### 8. März

Int. Tag der Vereinten Nationen und Tag für die Rechte der Frau und den Weltfrieden

### 13. März

Verkehrskonferenz der LINKEN Berlin, 10 Uhr, Max-Taut-Schule, Fischerstraße 36, Berlin

### 13./14. März

Erste Tagung des 2. Landesparteitags in Potsdam, Tagungsort ist das Potsdamer Kongresshotel in Pirschheide

### 17. März

ab 19.30 Uhr Queer-Empfang veranstaltet von der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag u. der Fraktion DIE LINKE. im Berliner Abgeordnetenhaus

### 27./28. März

Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung - „Ohne Moos nix los“, Kommunalpolitische Konferenz, Haus der Technik, Hollestraße 1, 45127 Essen

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

## An der Seite der öffentlichen Beschäftigten

Das letzte Angebot konnte man nur ablehnen, denn es war ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Bund und Kommunen hatten ihnen 1,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt angeboten. Ein Prozent davon war jedoch ausschließlich für leistungsbezogene Bezahlung vorgesehen, die aber nur wenigen zugutekommt. DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten für einen guten Öffentlichen Dienst, der auch vernünftig bezahlt wird. Wer Milliarden für Banken und Hoteliers hat, kann den öffentlichen Dienst nicht leer ausgehen lassen. Wer in der Krise die Wirtschaft mit Milliarden für Banken und neue Autos stützt, der muss auch den Kommunen helfen, die zahlreiche Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge tragen müssen.

## An Mindestlöhnen führt kein Weg vorbei!

Viele Menschen arbeiten den ganzen Tag, können aber sich und ihre Familien vom erarbeiteten Lohn nicht ernähren. Armutslöhne sind ungerecht und unsozial. Sie missachten die Leistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist ein Skandal. Wer arbeitet, muss mehr bekommen als ein Hartz-IV-Empfänger - so die Aussage von Herrn Westerwelle. Das ist richtig. Um dieses Ziel zu erreichen gibt es zwei Wege und ich habe nicht gehört, dass sich Herr Westerwelle für höhere Löhne eingesetzt hat.

Wenn man keine Lohngrenze nach unten hat, dann ist das eine Einladung an einen Teil der Arbeitgeber, immer niedrigere Löhne zu zahlen. Diese müssen jedoch aus Steuermitteln ko-finanziert werden. Einfach gesagt: Dumpinglöhne führen zu wettbewerbswidrigen staatlichen Subventionen. Wir, die Steuerzahler, subventionieren so Unternehmen,

Die Kommunen werden von der schwarzen Regierung nicht nur im Stich gelassen, nein sie werden sogar noch ausgesaugt und hängen finanziell am Tropf. Aufgrund der neuen Gesetzgebung brechen ihnen Steuereinnahmen in erheblichen Größenordnungen weg. Finanzielle Spielräume für eine Politik des sozialen Ausgleichs, die nicht nur ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben verwalten will, sondern nachhaltige Entwicklung mit eigenem Gestaltungsanspruch betreiben sollte, werden enger. Städte und Gemeinden, die finanziell gerade noch die Pflichtaufgaben abdecken, sind nicht zu politischem Handeln fähig. Aber die Situation der Kommunen darf nicht zu Einkommensverlusten führen, sondern zu einem Umdenken hin zu einer anderen Steuer- und Einnahmepolitik. Sozial ist, was Kaufkraft schafft.

die schlechte Löhne zahlen und somit eine bessere Position auf dem Markt einnehmen, als ihr Konkurrent, der gute Löhne bezahlt.

Anhaltende Massenarbeitslosigkeit, Hartz IV, die Ausweitung von Minijobs und der Boom der Leiharbeit drücken auf die Löhne. Nur ein gesetzlicher allgemeiner Mindestlohn kann dem Lohndumping eine Grenze setzen, unter der nichts mehr erlaubt ist. Wenn die Löhne wieder auf einem sicheren Fundament stehen, gehen auch die Einnahmeausfälle bei Steuern und Sozialversicherungen infolge Lohndumping und prekärer Arbeit zurück. Die Staatskassen werden von aufstockenden Sozialleistungen entlastet. Schließlich stärkt ein gesetzlicher Mindestlohn auch die Binnennachfrage, die in Zeiten der Krise, wo der deutsche Export zurückgeht, immer wichtiger für die Wirtschaft wird.

## Existenzminimum ist keine Verhandlungsmasse!

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden: Das Existenzminimum von Kindern muss anhand ihrer eigenen Bedürfnisse gesichert werden. Für DIE LINKE heißt das, die Regelsätze müssen spürbar steigen – insbesondere für Kinder und Jugendliche. Mit dieser Forderung stehen wir nicht allein. Gemeinsam mit den Sozialverbänden und den vielen Initiativen wird sich DIE LINKE nun in den nächsten Monaten dafür stark machen, dass diese Entscheidung im Sinne der von Hartz IV Betroffenen umgesetzt wird.

Debatten um Gutscheine und niedrigere Regelsätze sprechen eine deutliche Spra-

che der Ignoranz für die Lebenssituation von Menschen und tritt ihre Würde weiter mit Füßen. Denn bei solchen Forderungen schwingt immer mit, dass Familien, die ALG II beziehen, nicht mit Geld umgehen können. Auch Gutscheine sind nichts als eine billige Lösung für ein billiges Vorurteil. Der Bund muss für den Zugang zu Bildung Verantwortung übernehmen, wo er die Länder und Kommunen bisher allein gelassen hat! Darum fordert DIE LINKE eine spürbare Anhebung der Regelsätze für Erwachsene und Kinder und ein Ende der unsäglichen Kürzungsdebatten.

### Kurzmeldungen

#### **Kaum Anreize für Ländermitwirkung am Schulobst-Programm**

Das Schulobst-Programm bleibt durch zu viel Bürokratie wurmstichig. Das zuständige Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zeigt keine Bemühungen, die Mitwirkung der Länder wirksam zu verbessern. Das belegt die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zu den Umsetzungsver säumnissen beim Schulobstprogramm.

#### **Afghanistan: mehr Soldaten - mehr Probleme**

Deutschland verstrickt sich immer tiefer in den Afghanistankrieg. Die Bundesregierung will die Anzahl der deutschen Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan weiter aufstocken, um 850 auf 5350. Die Aussage, die zusätzlichen Soldaten seien Teil einer Aufbau- und Schutztruppe, ist dabei eine infame Täuschung der Öffentlichkeit. DIE LINKE fordert einen vollständigen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan ohne Bedingungen noch in diesem Jahr. Nach einer

jüngst veröffentlichten Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr, ist nur noch jeder zweite Deutsche für eine deutsche Beteiligung an dem Afghanistan-Einsatz. Nach dieser Studie lehnen 63 Prozent eine Truppenaufstockung ab, 60 Prozent sind gegen den Kampfeinsatz und 49 Prozent befürworten die Beendigung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan.

#### **Kommunen brauchen gefüllte Kassen und einklagbares Mitwirkungsrecht**

Die Finanzlage der Kommunen ist alarmierend. Gründe hierfür liegen in erster Linie in Entscheidungen des Bundes. Seit Jahren wurden Kommunen Aufgaben übertragen ohne die dafür angemessene Finanzausstattung. Die Steuersenkungspolitik unter Rot-Grün, Rot-Schwarz und Schwarz-Gelb führte und führt zu massiven Steuereinbrüchen bei den Kommunen. Diese brauchen gefüllte Stadtkassen und ein einklagbares Mitwirkungsrecht, damit auf Bundesebene keine Entscheidungen mehr zu ihren Lasten getroffen werden.